

Gesellschaftliche Ordner als Mittler zwischen politikwissenschaftlicher und ökonomischer Politiktheorie – Eine exemplarische Anwendung auf die umweltpolitische Instrumentenwahl

Hans G. Nutzinger und Sven Rudolph

„Those who seek thoroughgoing wisdom and efficiency in private property regimes fail to understand that different [...] cultural contexts [...] must be dominant factors in the choice of institutional arrangements“.

Daniel W. Bromley

1. Einleitung

Noch immer sind umweltpolitische Entscheidungsprozesse von der ökonomischen Theorie der Politik nur unzureichend erfasst. Insbesondere werden unterschiedliche kulturelle Traditionen auf nationaler und internationaler Ebene kaum thematisiert, geschweige denn eingehend empirisch untersucht. Allenfalls großräumige Differenzen, etwa zwischen westlicher und islamisch geprägter Welt oder zwischen angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Traditionen, werden in neuester Zeit nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern in jüngsten Publikationen eingehender analysiert.¹

Dieses Defizit zeigt sich besonders für den internationalen Vergleich landestypischer Regulierungstraditionen. Die ökonomische Theorie der Umweltpolitik hat sich als Teil der modernen politisch-ökonomischen Theorie

¹ Vgl. dazu mit vielen weiterführenden Hinweisen Leipold (2006).

nach dem zweiten Weltkrieg herangebildet und analysiert demzufolge Entscheidungsprozesse auch in diesem Bereich auf der Basis der grundlegenden Annahme eigennützigem Rationalverhalten politischer Akteure. Dies führt, wie in Abschnitt 2 gezeigt wird, dazu, dass für die umweltpolitische Instrumentenwahl beispielsweise eine geringe Durchsetzbarkeit handelbarer Emissionslizenzen prognostiziert wird. Diese analytisch begründete Prognose führt indessen zu empirisch widerlegbaren und in wichtigen Fällen auch bereits widerlegten Vorhersagen: Zwar lassen sich einzelne Hypothesen der Political Economy of Tradable Permits durchaus auch für die umweltpolitische Praxis bestätigen. Es zeigt sich aber, dass dort zusätzliche Faktoren die Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Diese Determinanten wurden von der ökonomischen Politiktheorie bisher allenfalls unzureichend berücksichtigt, sie können aber, wie in Abschnitt 3 gezeigt wird, durch eine politikwissenschaftliche Perspektive eingefangen werden. Exemplarisch wird anhand systemischer soziokultureller Faktoren in Form grundlegender Werthaltungen in den USA und Deutschland komparativ gezeigt, wie solche Faktoren eine Ausgangslage schaffen können, welche die ansonsten wenig wahrscheinliche politische Durchsetzung handelbarer Emissionslizenzen begünstigt (Abschnitt 4). Schließlich wird im 5. Abschnitt unter Rückgriff auf die empirischen Befunde gezeigt, wie kulturelle Einflüsse durch die Anwendung synergetischer Konzepte in eine moderne ökonomische Theorie der Umweltpolitik integriert werden können.

Mit diesem Beitrag wollen wir nicht zuletzt auch an wesentliche Verdienste von Peter Weise erinnern, der seit Anfang der achtziger Jahre vor allem im deutschen Sprachraum einerseits die Einbeziehung der Synergetik in die Sozialwissenschaften maßgeblich vorangetrieben und andererseits häufig auf die Bedingungen für die Anwendbarkeit ökonomischer Denkkonzepte auch auf nicht genuin wirtschaftliche Zusammenhänge – wie beispielsweise die Politik und das Recht – hingewiesen hat.

2. Die Perspektive der ökonomischen Theorie der Politik

Die ökonomische Theorie der Politik (vgl. auch Weise et al. 2005, 580ff) erklärt auf der normativen Grundlage des methodologischen Individualismus und des Rationalverhaltens politische Entscheidungsprozesse, indem sie auf individuelle umweltpolitische Akteure rekurriert, die bei gegebenen Präferenzen ihren Nutzen maximieren. Dabei schränken verschiedene Restriktionen die Handlungsmöglichkeiten ein. Der Nutzen der jeweiligen Akteure

wird über spezifische Zielfunktionen konkretisiert, die wiederum auf der Basis plausibler Annahmen gebildet werden. So maximieren im Politikfeld „Umwelt“ die Wähler ihren Nutzen aus öffentlichen Gütern, die Umweltverbände die Umweltqualität, die Unternehmen ihre Gewinne, die Bürokraten ihr Budget und schließlich die Politiker die auf sie entfallenden Wählerstimmen. Aus forschungspraktischen Gründen werden die individuellen Akteure zu Gruppen zusammengefasst und es wird jeweils ein repräsentatives Individuum angenommen, das die Gruppenpräferenz darstellt, so dass die Gruppe als Quasi-Individuum behandelt werden kann. Auf dieser Basis kommt die ökonomische Umweltpolitiktheorie zu dem Ergebnis, dass ökonomische Instrumente im Umweltschutz kaum Durchsetzungschancen haben, da sie ein Wirkungsprofil aufweisen, das den eigennützigen Interessen der politischen Akteure zuwider läuft (vgl. Schneider und Volkert 1999).

In diesem Kontext lassen sich die erwartbaren Durchsetzungschancen übertragbarer Umweltnutzungsrechte – so beispielsweise für die Emission klimawirksamer Gase – folgendermaßen skizzieren (ausführlicher Rudolph 2005): Rationale, vollständig informierte Wähler würden in ihrer Doppelrolle als Umwelt- und Produktkonsumenten die Lizenzlösung aufgrund ihrer ökologischen Effektivität und ihrer ökonomischen Effizienz prinzipiell positiv bewerten, da so, zumindest in der Tendenz, Umweltschutz „treffsicher“ und mit minimalen volkswirtschaftlichen Kosten betrieben werden kann. Rationale Unwissenheit aufgrund positiver Informationsverarbeitungskosten hat jedoch zur Folge, dass Informationen nur selektiv verarbeitet und Informationsanstrengungen vor allem auf solche Bereiche konzentriert werden, welche die individuelle Nutzensituation der Wähler unmittelbar beeinflussen. Während dieses Kriterium beispielsweise von Politikfeldern wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik erfüllt wird – die finanziellen Konsequenzen dieser Aktivitäten zeigen sich meist recht rasch in den Geldbeuteln der Akteure –, gilt dies für die Umweltpolitik im Allgemeinen so nicht. Demzufolge stellt sie für rational unwissende Wähler ein eher nachrangiges Politikfeld dar.

Dieser Effekt verstärkt sich bei der umweltpolitischen Instrumentenwahl. Fehlende Informationsanstrengungen der Wähler führen zu Wissensdefiziten hinsichtlich der tatsächlichen Wirkungsweise umweltpolitischer Instrumente. Auf niedrigem Informationsniveau erkennen sie auf der Nutzenseite die ökologische Effektivität der Lizenzlösung nicht, da diese sich über einen im Vergleich zum klar strukturierten Ordnungsrecht komplizierten Mechanismus realisiert. Direkte Verhaltensvorschriften im Rahmen einer Auflagenpolitik sind hingegen leichter verständlich, da dort die Erfolgsbewertung primär über

den Input – in der Praxis also über die Anzahl erlassener Umweltschutzgesetze und -verordnungen – erfolgt. Auf der Kostenseite herrscht in Anlehnung an die finanzwissenschaftliche Fiskalillusion im Falle nicht-pretialer Verhaltensbefehle bei einer ordnungsrechtlichen Auflagenlösung Kostenillusion. Demgegenüber zeichnet sich die Lizenzlösung gerade dadurch aus, dass sie über Börsennotierungen Preissignale für alle wahrnehmbar setzt und damit die Kosten des Umweltschutzes offen legt. Während so insgesamt der Nutzen einer Umweltpolitik mit handelbaren Emissionslizenzen in Form der ökologischen Effektivität von den Wählern nur schlecht wahrgenommen wird, sind vermeintliche Zusatzkosten gut erkennbar. Die Skepsis der Wähler gegenüber der Lizenzlösung wächst zusätzlich durch die geringere Vertrautheit der Bevölkerung mit diesem Instrument, besonders im Vergleich zum ordnungsrechtlichen Instrumentarium; diese Skepsis verbindet sich zumal in Deutschland, dem historischen Kernland der Reformation im 16. Jahrhundert, oft noch mit emotional-moralischen Einwänden gegen einen befürchteten „Ablasshandel mit Verschmutzungsrechten“ und rückt jeden Befürworter solcher Lösungen in gefährliche Nähe zu jenem marktschreierischen Dominikanermönch Johannes Tetzel, der Seelenheil zu einer käuflichen Ware zu machen suchte, und so, wenn auch unbeabsichtigt, den Anstoß zu Luthers folgenreicher Kritik an der römischen Kirche gab.² Insgesamt ist damit eine kritische Haltung der Wähler gegenüber der Lizenzlösung zu erwarten. Jedoch ist deren politischer Einfluss gering einzuschätzen, da das fehlende umweltpolitische Wählerinteresse beim wahlstimmenmaximierender Politiker zu einer geringen Berücksichtigung der Wählerpräferenzen in Umweltfragen führt.

Emittentenverbände und Umweltverbände dagegen agieren im Politikfeld Umwelt als ausgesprochene Interessengruppen. Die gewinnmaximierenden Emittenten werden solche Umweltschutzmaßnahmen ablehnen, die zusätzliche Kosten verursachen, ohne einen entsprechenden Ertrag zu generieren. Die volkswirtschaftliche Effizienz der Lizenzlösung senkt zwar insgesamt die

² Neben vielen anderen Unterschieden (Messbarkeit des Seelenheils, empirische Fragwürdigkeit des Fegefeuers, fehlende Übertragbarkeit des Ablasses an Dritte usw.) ist hier vor allem auf eine ökonomisch gravierende Differenz zwischen dem historischen Ablasshandel und dem modernen Zertifikatshandel hinzuweisen: Die Menge der handelbareren Emissionsrechte ist bei der Lizenzlösung von vornherein begrenzt (sonst wäre weder Handel noch Umweltschutz möglich), die Menge der ablassfähigen Sünden ist dagegen prinzipiell unbegrenzt. Aus ökonomischer Sicht wäre daher der historische Ablasshandel vor allem deswegen kritikwürdig, weil er auf eine „Lizenz zum Geldrücken“ hinauslief.

Kosten des Umweltschutzes, jedoch streuen die Kosteneinsparungen so breit, dass das einzelne Unternehmen im Regelfall nicht spürbar davon profitiert. Die zusätzliche betriebliche Kostenbelastung ist bei einer Versteigerung der Lizenzen an die Unternehmen erheblich, im Falle einer kostenlosen Vergabe der Emissionsrechte jedoch unbedeutend. Die emittierenden Unternehmen erhalten mit den Emissionslizenzen weitreichende und zudem übertragbare Eigentumsrechte. Allerdings kann die absolute Begrenzung der Gesamtemissionsmenge von wachstumsorientierten Unternehmen als planwirtschaftliche Beschränkung von Wachstumspotentialen mit Hilfe der künstlichen Verknappung eines nicht substituierbaren Produktionsfaktors interpretiert und deshalb abgelehnt werden. Zudem verursacht die Lizenzlösung als mengensteuerndes Instrument Preisunsicherheiten. Die fehlende Individualisierbarkeit einer Lizenzlösung auf der Vollzugsebene kann von den Emittenten ebenfalls kritisch gesehen werden, wenn sie sich im Zuge eines Vollzugsverfahrens ordnungsrechtlicher Regulierungen Erfolge bei der Abschwächung von Standards auf dem Verwaltungsweg versprechen. Insgesamt scheint damit bei den betroffenen Unternehmen eine eher skeptische Haltung wahrscheinlich.

Anders sieht es dagegen bei den Umweltverbänden aus: Ihr organisationskonstitutives Ziel ist die Verbesserung der Umweltqualität, so dass sie die ökologische Treffsicherheit der Lizenzlösung über die Fixierung einer absoluten Emissionsgesamtmenge positiv bewerten. Die Kosteneffizienz ermöglicht im Sinne des ökonomischen Rationalprinzips die Erreichung eines maximalen Umweltziels mit gegebenen Mitteln. Da Belastungsvermeidung jetzt direkt ökonomisch honoriert wird, entsteht ein Innovationsanreiz hin zu ökologisch leistungsfähigeren Vermeidungstechnologien. Auch die fehlende Individualisierbarkeit der Lizenzlösung wird von den Umweltverbänden positiv bewertet, da nunmehr die von den Emittenten im traditionellen Regime oft angestrebte Abschwächung von Standards auf unterster Verwaltungsebene nicht gelingen kann. Allerdings werden die Umweltverbände die Zuteilung nahezu vollständiger Verfügungsrechte über Emissionen an die Emittenten eher negativ beurteilen, da dies für sie eine weitgehende Anerkennung der Natur als Marktgut bedeutet bzw. von ihnen so gedeutet wird, welche im Gegensatz zu den normativen Überzeugungen der meisten Umweltschützer steht. Insgesamt ist gleichwohl eine tendenziell positive Bewertung der Lizenzlösung durch die Umweltverbände zu erwarten.

Interessengruppen haben im Rahmen der ökonomischen Theorie der Politik grundsätzlich eine doppelte Relevanz: Einerseits sind die politischen Entscheidungsträger auf Informationen angewiesen, die oft allein Interessen-

gruppen bereitstellen können, und andererseits sind diese Interessengruppen in der Lage, Wählerentscheidungen merklich zu beeinflussen. Dabei gilt der politische Einfluss als zugunsten der Emittenten verzerrt: Die Organisierbarkeit der Emittenteninteressen ist, anders als die der Umweltinteressen, aufgrund der Spezifika einer kleinen homogenen Gruppe besonders gut. Häufig tritt eine Interessenkongruenz von emittierenden Unternehmen und den dort beschäftigten Arbeitnehmern („Umweltschutz als Jobkiller“) auf, die diesen Emittenten zusätzliches Gewicht verleiht. Die Finanzmittel der Emittenten und ihrer Verbände sind gerade im Vergleich zu den finanziellen Ressourcen der Umweltverbände erheblich. Der Besitz exklusiver unternehmensinterner Informationen erhöht die Verhandlungsmacht der Emittenten in Tauschbeziehungen mit den politischen Entscheidern, insbesondere gegenüber den Umweltverbänden, die weit weniger über exklusive Informationen verfügen. Hinzu treten auf Emittentenseite meist besser etablierte informelle Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern, die auf langjährigen, oft aus anderen Sachzusammenhängen hervorgegangenen, persönlichen Kontakten zu Politikern und Bürokraten basieren. Die Umweltverbände hingegen verfügen aufgrund ihrer relativen Neuheit in geringerem Maße über solche eingefahrenen Einflusskanäle. Insgesamt wird damit das politische Gewicht der Umweltverbände deutlich geringer ausfallen als das der Emittenten.

Die Umweltbürokratie ist sowohl für den konkreten Vollzug der Gesetze und Vorschriften als auch für die Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen für die Politiker verantwortlich und besitzt daher ein erhebliches Einflusspotential. Gegenüber den budgetzuweisenden Politikern (*Prinzipal*) verfügen Bürokraten (*Agent*) über Informationsvorteile, da sie über Spezialwissen verfügen, gute Kontakte zu den Interessengruppen besitzen und von den Politikern nur höchst unvollständig kontrolliert werden können. Hieraus resultieren Handlungsspielräume für die Bürokraten, die sie für eigennützige Zwecke nutzen können. In ihren Interaktionen mit den Interessengruppen besteht hingegen asymmetrische Information zugunsten der Interessenverbände, was die Umweltbürokratie bei der Ausführung von Aufträgen der Politiker in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Interessengruppen zwingt. Als handlungsleitende Maximen für die Bürokraten werden Konfliktminimierung und Budgetmaximierung angenommen. Um Konflikte zu minimieren, müssen Umweltbürokraten zunächst die Interessen derjenigen Akteure erkunden, mit denen sie in direktem Kontakt stehen, namentlich Interessengruppen als Informationslieferanten und Politiker als Budgetgeber. Bevorzugen politisch einflussreiche Gruppen ein spezifisches Instrument, so erhält dieses bei Konfliktminimierung auch den Zuspruch der Umweltbürokraten. Angesichts der Interessen

und der Einflusspotentiale der anderen umweltpolitischen Akteure werden Umweltbürokraten aus Gründen der Konfliktvermeidung kein besonderes Interesse an der Lizenzlösung besitzen. Die aus der Budgetmaximierungsmotivation abgeleiteten Interessen verstärken diese Positionierung weiter. So stellen die fehlenden Eingriffsmöglichkeiten im Vollzugsprozess einer zentral und auf oberster Ebene programmatisch administrierten Lizenzlösung das entscheidende Argument für eine ablehnende Haltung der Umweltbürokraten dar. Dezentrale Konkretisierungen auf unteren Ebenen sind bei diesem Lösungsansatz weitestgehend überflüssig. Dies senkt einerseits die Nachfrage nach Verwaltungsleistungen mit negativen Wirkungen auf die Budgetzuweisungen, und es engt andererseits den Handlungsspielraum der Bürokraten ein. Die ohnehin schon kritische Haltung von Umweltbürokraten, die in Routinen zu handeln gewohnt sind, wird noch verstärkt durch den Informationsbedarf bei der Neueinführung einer Lizenzlösung, die mit dem tradierten – und der Umweltverwaltung bestens bekannten – Ordnungsrecht bricht. Die fehlende Vertrautheit mit dem neuen Instrument Lizenzlösung führt zu Transformationskosten bei gleichzeitiger Entwertung des bestehenden ordnungsrechtlich orientierten Wissens. Insgesamt wird die Umweltbürokratie handelbaren Emissionslizenzen daher äußerst kritisch gegenüberstehen.

Das geringe umweltpolitische Interesse rational unwissender Wähler führt aus der Sicht wahlstimmenmaximierender Politiker zu geringen Chancen der Wahlstimmenakquisition über das Thema Umwelt. Die Sichtbarkeit und Zurechenbarkeit von Nutzen und die Finanzierungsillusion auf der Kostenseite sind für Politiker von zentraler Bedeutung und können durch zwei komplementäre Strategien erreicht werden: Leistungen werden für den Wähler kurzfristig sichtbar, unmittelbar spürbar, möglichst quantifizierbar und dem einzelnen Politiker zurechenbar gestaltet. Belastungen erfolgen dagegen diffus und möglichst nicht quantifizierbar. Bei der Lizenzlösung verhindert auf der Kostenseite die öffentliche Ausweisung von Börsennotierungen die Erzeugung von Finanzierungsillusionen, wie sie bei nicht-pretialer Verhaltenssteuerung möglich ist. Auf der Nutzenseite besitzt die Lizenzlösung gegenüber einer Auflagenlösung Signaling-Nachteile hinsichtlich der ökologischen Handlungsfähigkeit der Politiker. Dem Wähler kann durch eine Auflagenlösung mit der Vorgabe von Grenzwerten und der Anwendung des Standes der Technik der Eindruck eines starken Staates suggeriert werden, der seine ganze Kraft zur Verbesserung der Umweltqualität einsetzt. Dies gelingt beim vergleichsweise komplizierten Wirkungsmechanismus einer Lizenzlösung nicht in gleichem Maße, da die ökonomischen Wirkungszusammenhänge abstrakter und schwerer vermittelbar sind. Werden die ökologischen Ziele bei

der Lizenzlösung über einen zeitlich gestreckten Abwertungsvorgang der Lizenzen angestrebt, so tritt der ökologische Nutzen zudem zeitversetzt ein: Der umweltpolitische Erfolg wird dann oft nicht mehr denjenigen Politikern zugerechnet, die seinerzeit die Instrumentenwahl getroffen haben. Der Zusammenhang zwischen ökologischen Erfolgen und Politikerhandeln ist für den Wähler folglich nicht mehr rekonstruierbar. Zwar entfalten Auflagen ihre effektive ökologische Wirkung häufig mit einer ähnlichen Zeitverzögerung. Jedoch misst der Wähler den Nutzen einer auflagenorientierten Umweltpolitik nur selten an der tatsächlichen ökologischen Wirkung, er orientiert sich vielmehr am Regulierungsinput, d.h. vor allem an der Anzahl der erlassenen Umweltgesetze. Damit besitzt die Lizenz- verglichen mit der Auflagenlösung insgesamt ein den Wünschen der Politiker geradezu entgegengesetztes Profil, was den rationalen Politiker zu einer skeptischen Haltung gegenüber handelbaren Umweltnutzungsrechten bewegen dürfte.

Insgesamt erscheinen also bei dieser eher schematischen Anwendung von Grundaussagen der ökonomischen Theorie der Politik die Durchsetzungschancen der Lizenzlösung als gering. Methodisch erweist sich zunächst als Stärke des ökonomischen Erklärungsansatzes, dass er mit einheitlichen Verhaltensannahmen für alle Akteure, beruhend auf der Annahme nutzenmaximierender Individuen mit gegebenen Präferenzen vor dem Hintergrund sich verändernder Restriktionen, eine Modellierung von Entscheidungsprozessen und damit prinzipiell Prognosen über den Ausgang solcher Prozesse ermöglicht. Die Frage ist allerdings: Sind diese Prognosen im vorliegenden Fall empirisch gerechtfertigt?

3. Eine politikwissenschaftliche Erweiterung des polit-ökonomischen Modells

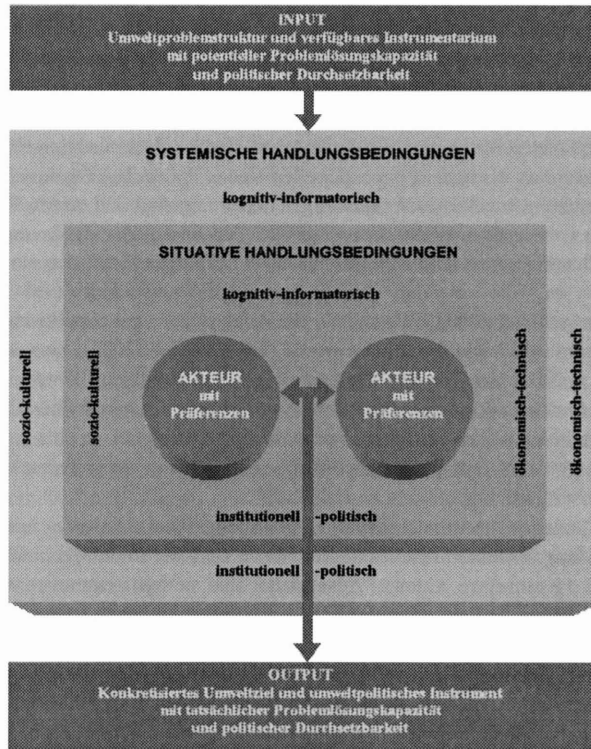
Betrachtet man die bisherigen umweltpolitischen Erfahrungen, so zeigt sich folgendes (vgl. Rudolph 2005): Wesentliche aus dem polit-ökonomischen Modell gewonnene Hypothesen zu den Interessen und Einflusspotentialen der Akteure lassen sich durchaus auch empirisch bestätigen. Der Fall des U.S.-amerikanischen Acid Rain Program, in dem erstmals eine umfassende Umsetzung einer Lizenzlösung gelang, macht beispielhaft deutlich, dass hier die grundlegenden Zielfunktionen für die Mehrheit der Beteiligten richtig eingeschätzt wurden. Auch die Einflusspotentiale der einzelnen Akteure wurden ebenfalls mindestens teilweise zutreffend beschrieben und im richtigen Handlungskontext analysiert. Insgesamt spielt damit eigennutzorientiertes Verhal-

ten politischer Akteure tatsächlich eine zentrale Rolle bei der Analyse umweltpolitischer Entscheidungen.

Unerklärt bleibt so allerdings die Tatsache, dass gleichwohl einzelne Emissionshandelssysteme implementiert werden konnten, was letztlich auf Defizite in der ökonomischen Theorie der Politik hinweist. Diese Defizite resultieren vor allem aus der Fokussierung der ökonomischen Theorie der Politik auf Kernelemente politischen Handelns, während gleichzeitig eine Vielzahl anderer Aspekte ausgeklammert wurde. Selbst wenn man diese Fehlprognosen als „Sonderfälle“ herunterstufen möchte, sind sie doch als Hinweis dafür zu werten, dass die in der konventionellen Neuen Politischen Ökonomie ausgeklammerten Aspekte doch von einiger Bedeutung sind und zu Modifikationen des Ausgangsmodells Anlass geben. Zur Strukturierung der spezifischen Determinanten umweltpolitischer Entscheidungen bietet sich eine Systematik an, die in der Politikwissenschaft entwickelt (vgl. Jänicke/Kunig/Stitzel 2000, 77ff) und für die Analyse der umweltpolitischen Instrumentenwahl leicht modifiziert wurde (vgl. Rudolph: 2005). Sie resultiert aus der Politikfeldanalyse (Policy Analysis), die inhaltlich eine Untersuchung der konkreten politischen Aktivitäten in einem spezifischen Politikfeld darstellt, und methodisch zunächst einen induktiven Weg geht, der die Realität, Komplexität und Dynamik von politischen Entscheidungsprozessen umfassend zu berücksichtigen sucht.

Im Einzelnen lassen sich die Modellbausteine dieses Ansatzes wie folgt beschreiben: Zentrale Entscheidungseinheiten sind wie in der ökonomischen Theorie die einzelnen Akteure. Ausgestattet sind sie mit Ressourcen, die ihnen politisches Agieren ermöglichen. Restriktionen hingegen begrenzen ihre Handlungsfreiheit. Die systemischen Handlungsbedingungen umfassen die langfristig stabile institutionell-politische Verfasstheit (Regierungsform, Institutionenstruktur usw.), die ökonomisch-technischen Rahmenbedingungen (Wirtschaftssystem, technologischer Entwicklungsstand u.ä.), die soziokulturellen Gegebenheiten (Grundwerte, Einstellungen usw.) und die kognitiv-informativen Voraussetzungen (Wahrnehmungsmuster, Bildungsniveau etc.). Die situativen Handlungsbedingungen umfassen hingegen kurzfristige Veränderungen in den jeweiligen Bereichen (Wirtschaftslage, öffentliche Meinung, Stimmungen, Regierungskoalitionen, technologische Innovationen, Wissensstand usw.). Beiden Arten von Handlungsbedingungen ist das definitorische Merkmal gemeinsam, dass sie für die im politischen Entscheidungsprozess agierenden Akteure externe Rahmenbedingungen darstellen.

Darstellung: Determinanten der umweltpolitischen Instrumentenwahl



Quelle: eigene Darstellung

Das vorliegende Modell vereint also unter Berücksichtigung von Input und Output im Wesentlichen systemische, stabile Handlungsbedingungen und situative Ereignisfaktoren mit Akteursstrukturen. Die Handlungsbedingungen können dabei auch Ergebnisse aktiven Handelns der Akteure sein, die dann wiederum auf die Akteure als Rahmenbedingungen zurückwirken. So wird in

einer ersten praxisorientierten Annäherung die individualistische Perspektive der Ökonomik mit der holistischen Sicht der Politikwissenschaften zu einer groben Heuristik verknüpft. Weiterführende Überlegungen zu einer solchen Verknüpfung über die Synergetik in den Sozialwissenschaften werden im übernächsten Abschnitt 5 angestellt.

Die folgenden Ausführungen zu empirischen Determinanten umweltpolitischer Entscheidungen beschränken sich zwar auf den Komplex soziokultureller Handlungsbedingungen und bemühen das Fallbeispiel des U.S.-amerikanischen Acid Rain Program, erheben gleichsam aber den Anspruch, exemplarisch generelle Hinweise für die notwendige Erweiterung des ökonomischen Entscheidungsmodells durch politikwissenschaftliche Handlungsansätze zu liefern.

4. Empirische Befunde zum Einfluss der Landeskultur

Grundsätzlich gilt, dass „[k]ulturelle Einflussfaktoren [...] im internationalen Vergleich [...] der Umweltpolitik durchaus Bedeutung [...] haben“ (Jänicke/Kunig/Stitzel 2000, 92). Bereits Erik Gawel (1998) weist darauf hin, dass die gesellschaftliche Akzeptanz handelbarer Emissionslizenzen nicht allein von der Interessenlage der Akteure und der objektiven Eignung des Instruments abhängig ist, sondern auch von der normativen Korrektheit des Instruments beeinflusst wird. Gawel spricht in diesem Zusammenhang von der „Akzeptanzkriterien-Trias“, die gebildet wird vom normativen Profil, vom Interessenprofil und vom ökonomischen Steuerungsprofil.

„Einschätzungen über Fairneß und Moral des Preissystems sowie der ethische Rang der dem Marktmechanismus zu unterwerfenden Güter entscheiden in der Realität ebenso über den Erfolg einer Marktlösung wie deren konkrete, insbesondere ökologische ‚Performance‘“ (Gawel 1998, 117).

Die zentrale Frage lautet nach Gawel (1998, 116) so: „Welche Wertvorstellungen transportiert ein Allokationsmechanismus bzw. werden ihm unterlegt?“ Als innovatives, marktwirtschaftliches – und sich damit vom tradierten obrigkeitsstaatlichen Ordnungsrecht abgrenzendes – Instrument der Umweltpolitik dürften damit solche grundlegende Werthaltungen einer Gesellschaft den Einsatz des Instruments fördern, die tendenziell marktfreundlich, staatskritisch und gegenüber neuen politischen Ansätzen offen ist. Gerade derartige Einstellungen zeichnen die U.S.-amerikanische Gesellschaft aus und erzeu-

gen damit eine Grundhaltung, die dem Einsatz der Lizenzlösung entgegen kommt.

Zunächst kann für die U.S.-Gesellschaft eine grundlegend kritische Einstellung gegenüber staatlichen Eingriffen in persönliche Freiheiten zur Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele festgehalten werden. Diese Skepsis stimmt überein mit der Neigung zur Einstellung: „[W]e don't like government“ (Ellerman 1998, 4). Dies gilt sowohl für das tradierte Ordnungsrecht als auch für ökologisch orientierte Steuern, die weniger als marktwirtschaftliche Instrumente, sondern vielmehr als direkte staatliche Interventionen interpretiert werden. Dem gegenüber besteht eine verbreitete Akzeptanz des Marktes als Instrument zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Der Markt erscheint in diesem Kontext als derjenige Koordinationsmechanismus menschlichen Handelns, der die U.S.-amerikanischen Grundwerte Freiheit und Individualismus am besten umzusetzen vermag. Für Märkte und die Abwicklung von Transaktionen über Börsen kann von einer „general receptiveness“ (Morgenstern 2001, 3), einer grundsätzlichen Empfänglichkeit, in der U.S.-amerikanischen Gesellschaft ausgegangen werden, so dass insgesamt eine „willingness to [...] believe in markets and a distrust in government“ (Ellerman 1998, 1), also eine Bereitschaft dem Markt zu vertrauen und Vorbehalte gegenüber dem Staat dominieren. Hinzu tritt eine fast religiöse Überzeugung von der generellen Lösbarkeit von Problemen mittels neuer Konzepte. Innovation wird als prinzipiell positiv wahrgenommen, da sie neue Möglichkeiten zur Fortentwicklung einer Gesellschaft schafft: „Americans generally like new technologies, new approaches, innovation, change“ (Morgenstern 2001, 3). Pragmatismus und Experimentierfreude sind wesentliche Voraussetzungen zur Auffindung neuer, zielführender Konzepte. Bezogen auf politische Maßnahmen bedeutet dies: „What there is in the United States is a willingness to experiment with the use of economic incentives“ (Toman 2001, 1). Dies wirkte sich auch auf die umweltpolitische Instrumentenwahl, beispielsweise die einer Lizenzlösung im Acid Rain Program, aus:

„[It] brings environmental regulation into line with the central principles of our market economy: freedom of choice; rewards for creativity; cost-cutting, and conservation; and responsibility for the consequences for one's actions. These principles are hardly novel or untested; they have been central to American economy and its success for over 200 years“ (Boskin 1989 nach Kete 1992, 176).

Die geschilderten grundlegenden Werthaltungen können auf kulturhistorische Ursachen zurückgeführt werden, welche die vergleichenden Kultur- und Poli-

tikwissenschaften betonen (vgl. Gerhards 2000). Die Legitimationsidee der politischen Kultur, an der sich die Gründerväter der USA orientierten, wurde wesentlich von der Idee eines liberalen Verfassungsstaates nach dem Entwurf von John Locke geprägt. Danach ist der Schutz der Freiheitsrechte der Bürger die vornehmste Aufgabe des Staates; er ist allein dazu notwendig, um die Entfaltung der individuellen Freiheiten der Privatbürger in geregelten Bahnen zu halten, so dass sie sich nicht gegenseitig behindern. Eine Wurzel dieser Betonung des Schutzes von Freiheitsrechten lag in der Besiedlung Neuenglands durch politisch Verfolgte und Glaubensflüchtlinge im 17. Jahrhundert (so beispielweise die Pilgerväter), die vor staatlicher Repression aus ihren Herkunftsländern, vor allem Großbritannien, geflüchtet waren und sich in den neuenglischen Kolonien einen toleranten Umgang mit der jeweiligen religiösen und gesellschaftlichen Weltanschauung erhofften. Staatliche Beschneidungen von Freiheitsrechten hingegen wurden äußerst kritisch gesehen:

„Zutiefst [...] misstrauten Puritaner aufgrund ihrer Erfahrungen in England generell der Macht [...]. Daraus erklären sich die tiefsitzende amerikanische Skepsis gegenüber der Staatsmacht sowie die Betonung [...] der Rechte des Individuums“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2000, 6f).

Daraus entwickelte sich in den USA ein religiös-gesellschaftliches System, das anders als in anderen Ländern durch christliche Gemeinschaften und Sekten und nicht durch staatsnahe Kirchen dominiert wurde. Die Abkopplung von hierarchischen staatlichen und kirchlichen Strukturen führte zu einer anti-etatistischen Kultur in den USA und zu einer Stärkung des Moments der Selbstorganisation und der Selbstverantwortung der Bürger. Hieraus entwickelte sich komplementär zur Skepsis gegenüber dem Staat eine verbreitete Akzeptanz gegenüber marktformigen Beziehungen. Im Spannungsfeld von Gleichheit und Freiheit hat die Freiheit des Individuums den eindeutigen Vorrang und Gleichheit wird vor allem als Gleichheit der Chancen, keineswegs aber als Gleichheit der Resultate verstanden. Das Wertesystem, das sich schließlich herausbildete, war der Liberalismus des 18. Jahrhunderts und dieser war im Wesentlichen „the rebellion [...] against the monarchical and aristocratic state – against hereditary privilege, against restrictions on bargains. Its spirit was essentially [...] anti-State“ (Wells 1906 nach Gerhards 2000: 42), also der Widerstand gegen zu starke Eingriffe des Staates in das Privatleben seiner Bürger. Aus diesem Wertekern leiten sich eine Demokratie als Herrschaftsordnung, eine möglichst uneingeschränkte Marktwirtschaft als ökonomisches System sowie das Postulat eines minimalen Staates her:

„[I]n der Neuen Welt fand die Idee der Entfaltung der Persönlichkeit ihren Platz auf dem Markt. Der Held der amerikanischen Individualität war [...] der Pionier, besonders der Unternehmer. Für Amerikaner ist der Markt der Ort der Freiheit. Hier finden wir unsere Helden, ja selbst unsere Heiligen.“ (Purdy 2001, 3).

Ihre direkten Auswirkungen auf die Einstellung der U.S.-Amerikaner gegenüber spezifischen politischen Maßnahmen findet diese Werthaltung in der Ablehnung von Steuern. Bereits die Loslösung der 13 neuenglischen Kolonien vom englischen Mutterland nahm ihren Ausgang in der Boston Tea Party im Jahr 1773, die sich mit dem Argument „no taxation without representation“ gegen eine Stempelsteuer des britischen Mutterlandes wendete, in dessen Parlament die Siedler aber nicht vertreten waren; dies führte ein Jahrzehnt später zur Anerkennung der U.S.-amerikanischen Unabhängigkeit. „Aus einem Steuergesetz entbrannte so der fundamentale Konflikt zwischen den Kolonisten und dem Mutterland“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2000, 9). Ihren Wiederhall in der moderneren U.S.-amerikanischen Politikgeschichte findet diese Werthaltung u.a. im Wahlversprechen von George Bush senior im Wahlkampf 1988: „Read my lips, no new taxes“; ein Versprechen, das im Einklang mit den U.S.-amerikanischen Grundwerten den Einsatz einer Abgabensenkung auch im Acid Rain Program ausschloss.

Auch der Problemlösungsoptimismus, der Innovationsglaube, der Pragmatismus und die Experimentierfreudigkeit gehen auf kulturhistorische Zusammenhänge zurück und finden ihre Wurzeln in der Besiedlungsgeschichte.

„Die Einwanderer bringen jenen unbändigen Glauben mit, der auch schon die ersten Siedler angetrieben hat und seither zu einem festen Bestandteil der amerikanischen Psyche geworden ist: Immer und überall ist ein Neuanfang möglich. Es sind die Wurzeln jenes Optimismus und jener Aufbruchstimmung, die das Land bis heute prägen [...] ‚If you can dream it, you can do it‘“ (Sendker 2002, 74).

„Das Tempo, mit dem sich eine behäbige englische Kolonie innerhalb eines Menschenalters in einen der größten Staaten der Welt verwandelt, lässt den Amerikanern kaum Zeit und Atem für theoretisch-philosophische Erwägungen. Pragmatische Lösungen sind gefragt – und werden es im Land der unbegrenzten Möglichkeiten immer bleiben“ (Fiedler 2002, 82f).

Die vorausgegangenen Überlegungen zeigen, dass das marktwirtschaftliche Instrument handelbarer Emissionslizenzen in den USA auf einen aus der Kul-

turgeschichte hervorgegangenen Wertekanon traf, der die Durchsetzung eines solchen Instruments begünstigte. Betrachtet man demgegenüber die grundlegenden Werthaltungen in Deutschland, so wird verständlich, warum die Lizenzlösung hier nur sehr zaghafte adaptiert wurde (vgl. Gerhards 2000).

Im Gegensatz zu Nordamerika hat das europäische Wertesystem seine kulturhistorische Prägung durch die sich im Mittelalter herausbildende hierarchische Gesellschaftsstruktur (aristokratisch, monarchisch) und ihre Institutionen (Kirche, Staat) erhalten.³ Im 19. Jahrhundert entwickelte sich in vielen europäischen Ländern ein „conservative Toryism“, von der Überzeugung getragen, gesellschaftliche Probleme seien vor allem durch einen aristokratisch geführten Staat zu lösen („Adel verpflichtet“). Die soziale Stellung der Aristokratie basierte auf Landbesitz, materiellem Reichtum und Privilegien, und dies trug – zusammen mit einer kritischen Einstellung der Arbeiterschaft zur entstehenden kapitalistischen Wirtschaftsweise – zu einer anti-marktwirtschaftlichen Gesinnung bei. Die Politik zur Verbesserung der Lage der unteren Klassen – prominenteste Vertreter dieser Strömung waren wohl Benjamin Disraeli und Otto von Bismarck – stellte den Ausgangspunkt für die Entwicklung verschiedener wohlfahrtsstaatlicher Institutionen dar. Der Staat war wesentlich mitverantwortlich für das Lebensschicksal seiner Bürger, und diese entwickelten eine Erwartungshaltung an den Staat, seinen Sorgpflichten nachzukommen. Diese paternalistische Vorstellung begünstigte Werte wie Selbstverantwortung der Individuen ebenso wenig wie das Vertrauen auf marktliche Problemlösungsmechanismen, insbesondere auch nicht die Such- und Lernprozesse eines weitgehend freien Leistungswettbewerbs aller Beteiligten.

Hinzu trat die nach dem Scheitern der bürgerlichen Revolution 1848 andauernde Vorherrschaft des Absolutismus in Deutschland insgesamt und der Gutsherrschaften in den ostelbischen Landesteilen. Diese schwächte den deutschen Liberalismus und stärkte den preußischen Autoritarismus. Auch die Industrialisierung setzte zunächst verspätet ein, wurde dann eher von den aristokratischen als den bürgerlichen Eliten vorangetrieben und trug daher nicht sehr zur Herausbildung eines ausgeprägten Liberalismus in Politik und Gesellschaft bei, zumal besonders in Preußen der Landadel seine dominierende Stellung behielt. So konnte sich trotz zunehmender industrieller Entwicklungserfolge schwerlich ein selbstbewusstes Bürgertum mit einer indivi-

³ Zum Einfluss religiöser Vorstellungen auf das Wirtschaftsleben siehe im europäischen Kontext Panther (2001) und insbesondere den „globalen“ Überblick bei Leopold (2006) mit vielen weiterführenden Literaturangaben.

dualistischen Ethik entwickeln, das Motor der gesellschaftlichen Modernisierung zu werden und individualistischen Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit eine gesellschaftliche Stoßkraft zu verleihen vermochte. Die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist daher seit dem 19. Jahrhundert und z.T. bis heute stärker als in anderen Ländern vom Staat mitbestimmt.

Im Kern wird die politische Kultur in Deutschland durch die Rechts- und Staatslehre Immanuel Kants als zentrale philosophische Legitimationsidee geprägt. Letztere legt das Hauptgewicht auf die Ordnung der individuellen Freiheiten durch ein allgemeines Gesetz. Kant zufolge gilt es, die Entfaltung partikularer Interessen in der Ausübung der äußeren Freiheit über allgemeine Gesetze in eine Ordnung zu bringen, welche die Kollision der Partikularinteressen vermeidet und sie miteinander vereinbar macht. Hinsichtlich der Qualität der Gesetzesformulierung verweist Kant analog zu seinen Moralprinzipien darauf, dass nur solche Gesetze einen Anspruch auf Geltung beanspruchen können, denen jeder Rechtsgenosse als vernünftiger Bürger zustimmen muss. Auf diese Weise gelangt Kant zu einem Demokratieprinzip, das im Wesentlichen nur eine andere Formulierung des Rechtsprinzips der Zustimmung der äußeren Freiheiten nach einem allgemeinen Gesetz darstellt. Aus Kants Rechts- und Staatslehre ergibt sich so eine republikanische Staatsverfassung, die einem moralisch angeleiteten liberalen Rechtsstaat den Vorrang vor einer Demokratie gibt. In diesem Sinne hat in Deutschland beginnend mit dem Preußischen Landrecht die Rechtsstaatsidee weit besser Fuß gefasst als die der Demokratie.

Vor diesem Hintergrund lässt sich für den Vergleich der USA mit Deutschland folgende Einschätzung gewinnen: Während das U.S.-amerikanische Selbstverständnis das Prinzip der Freiheit und Selbstbestimmung in Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Regulierungen betont, ist „[i]m Unterschied dazu [...] die Abwehrhaltung gegenüber staatlichen Eingriffen in Deutschland weit schwächer ausgeprägt, das Schutzbedürfnis der Privatsphäre gegenüber dem Staat geringer“ (Gerhards 2000, 182).

Komplementär dazu ist die bereits angedeutete Skepsis gegenüber dem Markt als Koordinationsmechanismus im sozial-ökologischen Bereich tief verwurzelt. Sie findet ihren Ursprung neben der Ablehnung durch die Aristokratie nicht zuletzt auch in der kritischen Distanz der Gesellschaft zu allem, was den Anschein eines unrechtmäßigen Ablasshandels erweckt. Dies lässt sich historisch in der ablasskritischen Tradition von Martin Luther und der Reformation verstehen, die sich berechtigter Weise gegen die Funktionalisierung des Seelenheils zur Finanzierung des Petersdoms in Rom und zur

Schuldentilgung des Landesherrn wandte. In Anlehnung an die Idee „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Feuer springt“ werden so Marktlösungen in der Umweltpolitik aufgefasst, als sei über handelbare Emissionslizenzen als Nachlass für ökologische Sünden die finanzielle Kompensation unmoralischen (und eigentlich unerlaubten) Verhaltens der Umweltverschmutzer möglich.⁴ Hinzu tritt nicht zuletzt eine verbreitete Skepsis gegenüber neuen Konzepten und Reformen, da sich Deutschland im Vergleich mit vielen europäischen Nachbarstaaten noch immer als ein „extrem strukturkonservatives Land [präsentiert, in dem ...] die Neigung zur Beharrung [...] alle sozialen Schichten, Lager und Parteien [durchdringt]“ (Nolte 2002).

Insgesamt zeigen sich damit deutliche Unterschiede in den grundlegenden Werthaltungen zwischen Deutschland und den USA. Betrachtet man die verschiedenen Traditionen in der Instrumentierung von Umweltpolitik – Ordnungsrecht mit frühen marktmäßigen Flexibilisierungen (Emissions Trading) und sich anschließendem Übergang zur intensiven Nutzung von Lizenzlösungen in den USA (SO₂ Allowance Trading, RECLAIM, NOX Budget Program usw.) und das lange Zeit in Deutschland allein dominierende Ordnungsrecht nahezu ohne Flexibilisierung mit dem Übergang zur Abgabenlösung (Ökologische Steuerreform) und der sehr späten Nutzung der Lizenzlösung, veranlasst durch eine EU-Richtlinie (EU-Emissionshandel mit Treibhausgasen) –, so liegt die Vermutung nahe, dass neben vielen institutionellen Unterschieden hierfür auch Differenzen in den grundlegenden Werthaltungen beider Gesellschaften verantwortlich waren. Mindestens in der Langfristperspektive gilt:

„[D]ie Möglichkeiten, [...] Institutionen politisch durchsetzen zu können, sind durch die kulturelle Prägung der jeweiligen Gesellschaft beschränkt. [...] Eine allgemeine Hypothese lautet, daß die Durchsetzbarkeit formaler

⁴ Natürlich handelt es sich hier hinsichtlich des Emissionshandels um eine offensichtliche Fehlwahrnehmung: Ein Emittent, der nicht selbst reduziert, dafür aber Emissionslizenzen kauft, tut bei gegebener absoluter Emissionsgesamtmenge nichts anderes, als Reduktionen an anderer Stelle zu finanzieren. Die Gleichsetzung des Emissions- mit dem Ablasshandel wäre in diesem Zusammenhang allein dann statthaft, wenn durch das Kaufen von Sündenberechtigungen zur Entlastung der eigenen Sündhaftigkeit bei absolut fixierter erlaubter Sündengesamtmenge an anderer Stelle Sünden reduziert worden wären. Wie in der vorangegangenen Fußnote 2 erwähnt, war aber genau dieses beim historischen Ablasshandel nicht der Fall, so dass diese beliebte Analogie in die Irre führt.

Regeln schließendlich von ihrer Kompatibilität mit den jeweils gültigen informellen Regeln abhängt“ (Voigt 2002, 19f.)⁵

5. Kultur als gesellschaftlicher Ordner

Die vorhergehenden Abschnitte haben gezeigt, dass grundlegende Werthaltungen als sozio-kulturelle systemische Faktoren Einfluss auf umweltpolitische Instrumentenentscheidungen ausüben können und dies auch tatsächlich tun. Dieser Einfluss wird jedoch im Gegensatz zur politikwissenschaftlichen Perspektive von der traditionellen ökonomischen Analyse der Politik nicht berücksichtigt. Um also die evidenten Einflüsse von Kultur auf die umweltpolitische Regulierungstradition in die moderne Polit-Ökonomik einbinden zu können, benötigt man eine ergänzte Theorie, die es erlaubt, sowohl die Entstehung von Kultur als auch die Rückwirkungen der Kultur auf das Individuenverhalten zu untersuchen. Peter Weise (2004) schlägt hierfür die Erweiterung des ökonomischen Menschenbildes und die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene über das Konzept der Selbstorganisation vor, in dem die Idee gesellschaftlicher Ordner eine zentrale Rolle spielt.

Im Kern stehen sich in den Sozialwissenschaften die Menschenbilder des homo oeconomicus in der Ökonomik und des homo sociologicus in der Soziologie und den Politikwissenschaften gegenüber. Pointiert charakterisiert Peter Weise die Unterschiede:

„Die Ökonomik [...] unterstellt, dass ein homo oeconomicus [...] Präferenzen hat, die unabhängig von allen gesellschaftlichen Einflüssen sind, vor Alternativen steht, die mit Preisen bewertet sind, und eine rationale Wahl trifft. [...] Die anderen Sozialwissenschaften [...] pflegen das Menschenbild des homo sociologicus, eines ruhigen Untermieters in Normbauräumen, die ihm die sozialwissenschaftliche GmbH nach allgemeinen Funktionserfordernissen zur Verfügung stellt und jede Umbaumaßnahme, das heißt eine

⁵ Allerdings weist gerade auch der EU-Emissionshandel mit Treibhausgasen darauf hin, dass die umweltpolitische Instrumentenwahl nicht allein auf der Basis kultureller Rahmenbedingungen erklärt werden kann. Grundlegende Werthaltungen stellen einen zwar bedeutenden, keineswegs aber immer dominanten Einflussfaktor dar. So können umweltpolitische Entscheidungen durchaus auch gegen grundlegende Werthaltungen in der Gesellschaft ausfallen, wenn andere in der politikwissenschaftlichen Systematik aufgeführte Einflussfaktoren – z.B. besondere Konstellationen und spezifische Handlungsbedingungen – dies begünstigen.

Verhaltensdifferenz zwischen Soll und Ist, nachdrücklich ahndet (Weise 2004, 427f).

Während damit der homo oeconomicus keinerlei Einflüsse aus der Gesellschaft empfängt, ist der homo sociologicus quasi ein Sklave seiner (internalisierten) sozialen Umwelt. Der homo oeconomicus vergleicht individuelle Kosten und Nutzen seiner Handlungsalternativen und entscheidet sich rational für die Alternative mit dem höchsten Nettonutzen. Dabei gehen Bewertungen, die aus der Interaktion mit dem sozialen Umfeld entstehen – wie Scham, Moral, Sozialisation usw. –, nicht in die Kalkulation mit ein. Dem gegenüber ist die individuelle Persönlichkeit des homo sociologicus vollständig hinwegsozialisiert, er handelt allein gemäß sozialen Zwängen, die er vollständig internalisiert hat. Zwar leben beide Charaktere immer im Gleichgewicht mit ihrer Umwelt, da sich einerseits die Welt den gegebenen Bedürfnissen des homo oeconomicus immer unmittelbar anpasst und andererseits der homo sociologicus die ihm vorgegebenen stabilen Systemzwänge assimiliert; dabei werden soziale Interdependenzen jeweils ausschließlich über Märkte bzw. Zwänge vermittelt. Wird dieses Gleichgewicht allerdings durch eine Konfrontation des homo oeconomicus mit Systemzwängen oder des homo sociologicus mit der Möglichkeit freien Handelns auf Märkten gestört, so werden beide zu „Schreckensmännern der Sozialwissenschaften“ (Weise 1989, 148). Mit Blick auf diese beiden Extreme stellt Peter Weise zu Recht die provokante Frage: „Ist der sozialwissenschaftliche Mensch schizophren?“ (Weise 1989, 148).

Um nun gerade auch politisch-ökonomische Fragestellungen zufriedenstellend und praxisrelevant beantworten zu können, ist es notwendig, ein Menschenbild zu entwickeln, das eine Zwischenposition zwischen dem autarken homo oeconomicus und dem versklavten homo sociologicus einnimmt. Peter Weise (1989) schlägt in diesem Kontext den socio-oeconomicus vor, dessen Verhalten in zwei Komponenten gegliedert werden kann: eine auf die eigene Bedürfnisbefriedigung gerichtete und eine der Verhaltenskoordination in der Gesellschaft geschuldete Komponente. Damit entspricht der homo socio-oeconomicus der Konzeption eines Menschen, der nicht allein internen und externen Zwängen unterliegt oder auf der anderen Seite ganz autistisch Alternativen auswählt und abwählt, er entspricht vielmehr Vorstellung von einem Menschen, der in bewusster Interaktion mit anderen Individuen seine Handlungen abstimmt und so eine sozio-kulturelle Umwelt schafft, die selbst wieder auf ihn wirkt. So können wesentliche Einflüsse aus der Gesellschaft auf das Individuum, die wiederum selbst durch die

Interaktionen der Individuen erzeugt wurden – beispielsweise die Auswirkungen der kulturellen Beschaffenheit einer Gesellschaft auf die Wahrnehmung und Bewältigung ökologischer, politischer und ökonomischer Problemlagen durch die Individuen –, von einer modernen politisch-ökonomischen Theorie erfasst werden.

Diese Idee der Rückkopplung ermöglicht nun auch die Verknüpfung des individualistischen mit dem holistischen Verständnis vom Verhältnis Individuum und Gesellschaft (vgl. Weise 1996), wie es in der Ökonomik einerseits sowie in der Soziologie und den Politikwissenschaften andererseits verwendet wird. Die individualistische Sichtweise sieht die Gesellschaft als eine Ansammlung nahezu vollständig isolierter, mit gegebenen Präferenzen ausgestatteter *homines oeconomici*, die keinerlei Einflüsse aus der Gesellschaft empfangen. Ein Systemverhalten, beispielsweise das einer Gesellschaft, wird auf die Handlungen der einzelnen Systemeinheiten, hier also der Individuen, zurückgeführt und lässt sich dann aus einem Gleichgewicht der Handlungen rationaler Individuen erklären. Im Gegensatz dazu ordnet der holistische Ansatz jedes Systemverhalten einem Kollektiv zu, das quasi unabhängig von den im Kollektiv vereinten *homines sociologici* Träger des eigentlichen Verhaltens ist. Das Kollektiv ist somit eine eigenständige Einheit, die nicht vom Verhalten der Individuen her verstanden werden kann. Individuen und Gesellschaft sind jeweils für einander Umwelt. Wie Peter Weise (2004) bemerkt, geht es beim Konflikt zwischen Individualismus und Holismus im Kern um die Frage, ob die Gesellschaft als System zu verstehen ist, das den einzelnen Menschen als selbstständige, vom Handeln der Individuen unabhängige Einheit gegenüber steht (Holismus), oder ob sie vielmehr der Interaktionszusammenhang der Individuen selber ist (Individualismus). Die Antwort, die Peter Weise darauf gibt, führt zur Synergetik.

Freilich muss gesellschaftliches Agieren in der Perspektive der Ökonomik und ihres methodologisch-erkenntnistheoretischen Individualismus auf die Interaktion von Individuen zurückgeführt werden, denn es gilt mit den Worten von James M. Buchanan:

„Only individuals choose and act. Collectives, as such, neither choose nor act [...]. Social aggregates are considered only as the result of choices made and actions taken by individuals“ (Buchanan 1987, 586).

Eine Gesellschaft ist demnach allein ein Beziehungsgeflecht von Individuen, die in ihr interdependent agieren, also eine auf höherer Ebene entstehende Chiffre ohne Eigenexistenz. Jedoch entfaltet diese übergeordnete Chiffre Rückwirkungen auf die Individuen und beeinflusst so in bedeutsamer Weise

deren Verhalten. Das Individuum befindet sich in einem Beeinflussungsfeld, von dem es Anreize empfängt, das es aber durch das Interagieren mit anderen Individuen selbst erzeugt. Die Grundidee der Selbstorganisation lautet dabei: Ordnungsstrukturen entstehen und werden aufrechterhalten, indem sie rückkoppelnd die Ursachen stabilisieren, aus denen sie entstanden sind. Soziales Individuenverhalten schafft die soziale Umwelt für das soziale Individuenverhalten; ein sich selbst stabilisierender Ursache-Wirkungs-Zyklus mit zirkulären Kausalitäten zwischen Makro- und Mikroebene.

Damit eine solche Selbstorganisation stattfinden kann, bedarf es eines Ordners, der sich langsamer verändert als das Individuenhandeln (vgl. Eger/Weise 1990). So kann über die Berücksichtigung verschiedener Zeitebenen in Form sich langsamer und schneller verändernder Größen und über die Verknüpfung der Individuen durch gesellschaftliche Ordner, die von diesen selbstorganisatorisch erzeugt werden und rückwirkend deren Verhalten beeinflussen, die individualistische und die holistische Perspektive verknüpft werden. Das Individuum kann weiterhin als eigentlicher Akteur aufgefasst werden, ohne dass man jedoch damit die Einflüsse der Gesellschaft auf das Individuum negieren müsste. Der Einzelne ist nicht vollständig durch die Zwänge der Gesellschaft versklavt wie in der holistischen Sichtweise, sondern wie im Individualismus frei in seinen Handlungen. Jedoch generiert er (und alle anderen) durch genau diese freien Handlungen in der Interaktion mit anderen Individuen Fremdwänge für sich und andere.

Als gesellschaftlicher Ordner kann neben Normen, Ideologien usw. auch die Kultur eines Landes aufgefasst werden (vgl. Weise 2004). Durch das Zusammenleben mit anderen Menschen entwickelt das Individuum über Kommunikation und Interaktion eine soziale, kulturell-symbolische Umgebung. Auf der einen Seite wird nun das individuelle Verhalten von der Kultur vermittelt. Sie wirkt als Rahmenbedingung für die Individuen und beeinflusst deren Handeln. In unserem Beispiel prägte die sozio-kulturelle Verfasstheit der Gesellschaften der beiden Staaten USA und Deutschland in bedeutsamer Weise die umweltpolitische Regulierungstradition. Kulturell bedingte grundlegende Werthaltungen wie die Offenheit gegenüber dem Markt, die Ablehnung eines staatlichen Interventionismus und eine innovations- und experimentierfreudige, problemlösungsoptimistische Grundhaltung begünstigen die Nutzung des marktwirtschaftlichen und innovativen Instruments handelbarer Emissionslizenzen in der U.S.-Luftreinhaltepolitik bereits ab den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Ebenso behinderten konträre Grundüberzeugungen in Deutschland eine intensive Nutzung des Instruments bis zu Beginn des neuen Jahrtausends.

Dieser Einfluss auf die Individuen wird wirksam, da gesellschaftlichen Ordnern eine Trägheit inne wohnt, die dazu führt, dass sie sich langsamer verändern als die individuellen Handlungen. Gerade die Kultur bildet hier ein herausragendes Beispiel für die Langlebigkeit von Ordnern. In den beiden behandelten Staaten können die Wurzeln der noch heute wirksamen kulturellen Prägungen über Jahrhunderte zurückverfolgt werden. Solche Ordner haben oft selbst dann ein erhebliches Beharrungsvermögen, wenn sich die Bedingungen ihre Entstehung verändern. Offensichtlich wird dies an den skizzierten historischen Bedingungen der Entstehung bestimmter kultureller Prägungen in den USA und Deutschland. Zudem wird deutlich, dass bei selbstorganisatorischen Prozessen häufig Aspekte wie der Zufall, die Historie und Nichtlinearitäten eine zentrale Rolle spielen. Kleinere Unterschiede in den Ausgangsbedingungen können dann erhebliche Abweichungen bei den resultierenden und zeitlich stabilen Ordnern zur Folge haben.

Auf der anderen Seite ist die Kultur ein genuines Geschöpf der Kommunikation und Interaktion der Menschen. Sie entsteht also aus dem Interaktionszusammenhang der Individuen. In unserem umweltpolitischen Beispiel lassen sich die landestypischen kulturhistorischen Entwicklungen in der Siedlungsgeschichte (vor staatlicher Repression geflüchtete Pilgerväter in den USA), in der politischen Legitimationsidee (Locke in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kant in Deutschland) sowie in der historischen Entwicklung der Regierungsform (frühe Demokratieentwicklung in den USA, länger andauernde Vorherrschaft des Absolutismus in Deutschland) anführen. In diesen Zusammenhängen wurde durch das Interagieren von Individuen ein gesellschaftlicher Ordner geschaffen, der wiederum als Landeskultur bis heute auf die Menschen in den beiden Staaten zurück wirkt und so auch die umweltpolitische Regulierungstradition beeinflusst.⁶

Motive für die Orientierung des individuellen Verhaltens am Ordner sind im Wesentlichen erstens das Reaktionsmotiv: Andere Gesellschaftsmitglieder reagieren auf das Individuenverhalten und beeinflussen so die Kosten für den

⁶ Stabilisiert wurde diese unterschiedliche Struktur noch durch das Auswanderungsverhalten von Europa nach Amerika: Gerade Menschen mit geringer Bereitschaft, sich in vorgefundene staatlich-gesellschaftliche Strukturen einzupassen oder diese in mühevollen Umgestaltungsprozessen zu verändern, und hoher Bereitschaft, neue, flexiblere Strukturen „jenseits der Meere“ aufzubauen, dürften das Hauptpotential der europäischen Einwanderer in die USA gebildet haben. Hier kommt wieder die bekannte, auf Albert O. Hirschman (1970) zurückgehende Unterscheidung zwischen „exit“ (Abwanderung) und „voice“ (Widerspruch) als unterschiedlichen Formen der Interessenartikulation zum Zuge.

Einzelnen. Werden gesellschaftlich unerwünscht Handlungen mit höheren Kosten belegt, so wird das Individuum diese vermeiden. Die Wahrscheinlichkeit bestimmter Handlungen wird erhöht. Werden solche gesellschaftlichen Maßstäbe vom Individuum internalisiert, entstehen psychische Kosten aus der Nicht-Befolgung des ordnerkonformen Verhaltens, so kann zweitens vom Internalisierungsmotiv gesprochen werden. Da es auch hier auf Reaktionen und Kostenveränderungen ankommt, kann das Internalisierungsmotiv jedoch auch als Untermotiv des Reaktionsmotivs eingeordnet werden. Nicht zuletzt wirkt drittens das Unsicherheitsmotiv: Bei eingeschränkter Informationsverarbeitungskapazität kennt das Individuum nicht alle Handlungsalternativen und imitiert daher bei sich selbst oder anderen als erfolgreich erlebte Handlungen. Es entsteht eine Verhaltensregelmäßigkeit.

Im politisch-ökonomischen Kontext spielt gerade diese Möglichkeit der Senkung von Transaktions-, insbesondere Informations- und Entscheidungskosten, durch den Ordner Kultur eine zentrale Rolle. So enthält die jeweilige Landeskultur eine Vielzahl unterschiedlicher Informationen und konkretisiert diese. Die Informationen sind dann den Individuen in ihrer in der Kultur gebündelten Form deutlich einfacher oder, genauer, kostengünstiger zugänglich; dies gilt besonders verglichen mit der auf unterschiedliche Informationsträger wie persönlich bekannte Personen, Medien, Wissenschaft usw. verteilten Form. Der gesellschaftliche Ordner Kultur konserviert individuelle Handlungen und ermöglicht so das kollektive Bewahren von Informationen unabhängig vom individuell Erlebten. Er entwickelt durch seine relative Dauerhaftigkeit ein überindividuelles Eigenleben. Gleichsam bietet die Kultur Musterhandlungen in Form von Regeln, Routinen, Traditionen usw. an, deren Wahrnehmung durch die Individuen die individuellen Informations- und Entscheidungskosten erheblich senken können. Eine analoge Idee findet sich bereits in der „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ von Anthony Downs (1968): Wähler sind demnach rational unwissend, da die Verarbeitung von Informationen Kosten verursacht. Politiker kreieren mit dem Ziel der Wahlstimmenmaximierung Ideologien, um einerseits auf kürzerem Weg entscheiden zu können, welche Maßnahme welcher Wählergruppe entgegenkommt. Andererseits nutzen Wähler Parteiideologien, um ihre Informationskosten bei der Wahl einer Partei zu senken:

„Ungewißheit beschränkt die Möglichkeiten des einzelnen Wählers, jede Regierungshandlung zu seiner Auffassung in Beziehung zu setzen. Daher hilft ihm die Vertrautheit mit den Auffassungen aller Parteien von der idealen Gesellschaft – also mit ihren Ideologien –, seine Wahlentscheidung zu treffen, auch ohne daß er die konkreten politischen Aktionen und Pläne der

Parteien bis ins einzelne kennt. So benutzen die Wähler die Ideologien zur Senkung von Informationskosten.“ (Downs 1968, 110).

Es liegt nun nahe zu vermuten, das der Wähler gerade in den Fällen, in denen er aus den oben bereits angeführten politisch-ökonomischen Gründen wenig unmittelbares Interesse an bestimmten Politikentscheidungen besitzt – so beispielsweise im Falle umweltpolitischer Instrumente –, Informationsanstrengungen minimiert und auf übergeordnete Prinzipien zurückgreift. Ein Weg dies zu tun, ist eben die Bewertung von Maßnahmen gemäß der Parteiideologien: „Ich weiß zwar wenig über handelbare Emissionslizenzen und Ökosteuern, aber als Anhänger der Republikaner bin ich für marktorientierte Maßnahmen und gegen staatlichen Interventionismus“. Eine analoge Möglichkeit ist dann aber auch die Orientierung an kulturellen Prägungen: „Ich habe zwar keine Ahnung von umweltpolitischen Instrumenten, aber als liberaler U.S.-Amerikaner bin ich gegen Steuern und für den Markt“ oder aber umgekehrt: „Instrumente der Umweltpolitik interessieren mich nicht, aber als Deutscher bin ich grundsätzlich gegen jede Form von Ablasshandel“. Kultur als Ordner kann damit ebenso wie Parteiideologien zur Reduktion von Informationskosten dienen und dem Wähler in Fällen schwieriger und für ihn persönlich weniger relevanten Fragen die Wahl erleichtern.

Aus der Sicht eines externen Betrachters schafft die Kultur als gesellschaftlicher Ordner Verhaltensregelmäßigkeiten, indem sie bei den Individuen die Wahrscheinlichkeit der Wahl solcher Handlungsalternativen erhöht, die mit der kulturellen Prägung konform gehen. Ursache hierfür ist der Konformitätsdruck in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. Bestimmte Handlungen werden dann häufiger auftreten als andere. Trotz aller individuellen Unterschiede wird so das Verhalten von Menschen egalisiert, woraus wiederum Kultur entsteht. Es etabliert sich ein zyklischer Prozess, in dem die durch das Zusammenwirken der Menschen erzeugten und aufrecht erhaltenen Ordner ihrerseits Verhaltensregelmäßigkeiten erzeugen, die rückkoppelnd die Ursachen ihrer Entstehung stabilisieren. So entstehen dann auch in unserem umweltpolitischen Beispiel unterschiedliche Regulierungstraditionen in den USA und Deutschland, indem die Gesellschaftsmitglieder regelmäßig solche Alternativen bevorzugen, die mit ihren kulturhistorisch geprägten grundlegenden Werthaltungen übereinstimmen: U.S.-Amerikaner mögen und unterstützen regelmäßig innovative, marktwirtschaftliche Konzepte, während Deutsche eine stärkere Eingriffsintensität des Staates über ordnungsrechtliche Regulierungen oder Steuern akzeptieren, die auf traditionellen Regulierungsansätzen beruhen.

In diesem Sinne befinden sich die Menschen in einer Doppelrolle: Sie sind einerseits als Individuen Empfänger der Signale, die der Ordner Kultur ausstrahlt und die zur Angleichung des Verhaltens führen. Gleichsam sind sie aber als Gesellschaft mit einem angeglichenen Verhalten der Individuen diejenige Ganzheit, die für das Individuum den Maßstab der Akzeptanz bestimmter Handlungen bildet. Diese Doppelrolle und die Gleichzeitigkeit der Wahrnehmung dieser Rollen durch die Individuen führt zur Aufrechterhaltung des Ordners Kultur. So empfangen U.S.-Amerikaner aus der marktfreundlichen Kultur in ihrem Land Signale, auch individuell ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz – unter Ausschluss der Steuerlösung, die als obrigkeitstaatliches, nicht etwa marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument empfunden wird – positiver gegenüber zu stehen als ordnungsrechtlichen. In der Folge gleicht sich die Haltung und das Verhalten der U.S.-Bürger im Bezug auf umweltpolitische Regulierungen an. Die so entstandene marktfreundliche Gesamtheit setzt dann wiederum den Maßstab für die Bewertung individuellen umweltpolitischen Verhaltens, indem sie konformes Agieren anerkennt und nicht-konformes Handeln mit Ablehnung bestraft.

Allerdings wird nicht-konformes Verhalten nicht allein von der Gesellschaft als eine dem Individuum extern gegenüber stehende Entität bewertet. Vielmehr werden, wie bereits oben angedeutet, weite Teile der Kultur von den Menschen internalisiert, die in der jeweiligen Gesellschaft lebend. Das Individuum wird dann nicht mehr durch den Maßstab einer ihm extern gegenüber stehenden Gesellschaft zur Befolgung der von dem Ordner vorgegebenen Verhaltensregelmäßigkeit angehalten. Vielmehr hat das Individuum diesen Maßstab für sich angenommen, es hat ihn zu seinem eigenen gemacht. Die Befolgung der vom Ordner vorgegebenen Verhaltensregelmäßigkeit wird durch Gefühle wie Scham, schlechtes Gewissen usw., d.h. durch psychische Kosten vom Individuum selbst angemahnt. Externe Verhaltensanreize aus der Kultur verwandeln sich so in interne Verhaltensanreize des Einzelnen, wobei die Internalisierung sowohl bewusst über Kosten-Nutzen-Kalküle als auch unbewusst über Sozialisation und Erziehung usw. erfolgen kann. So kann man davon ausgehen, dass bei der Einschätzung unterschiedlicher umweltpolitischer Maßnahmen durch die Bürger der beiden in unseren Fallbeispielen behandelten Staaten die Einzelnen keineswegs eine Sanktionierung durch ihre Mitbürger befürchten, wenn sie sich beispielsweise in den USA einer Steuerlösung oder in Deutschland einer Lizenzlösung öffnen. Vielmehr sorgen vor allem eigene Überlegungen und Vorstellungen wie etwa „Emissionshandel ist Ablasshandel, den ich für moralisch verwerflich halte“ oder „Steuern als staatliche Zwangsabgaben verstoßen gegen mein Verständnis von ei-

ner liberalen und fortschrittlichen Gesellschaft“ dafür, dass eine ablehnende Grundhaltung gegenüber derartigen Instrumenten (und entsprechend eine positive Einstellung zu anderen umweltpolitischen Maßnahmen) bei den einzelnen Bürger(innen) Deutschlands bzw. der USA entstehen.

Dass dann im Rahmen der Europäischen Union schließlich doch noch ein auch für Deutschland akzeptabler Kompromiss gefunden wurde, der sich deutlich am amerikanischen Vorbild orientiert und marktwirtschaftlichem Denken näher steht als der kontinentaleuropäischen Regulierungstradition, ist auch keine historisch-kulturelle Zufälligkeit, sondern ebenfalls mit Hilfe der hier vorgetragenen Konzepte vor allem auf der Ebene der situativen Handlungsbedingungen erklärbar; die Analyse dieses jüngsten Entwicklungsschritts geht aber über den Rahmen dieses Beitrags hinaus (vgl. dazu Rudolph 2005, Kap. 7).

6. Fazit

Der vorliegende Beitrag hat gezeigt, dass die von Peter Weise maßgeblich vorgebrachte Anwendung der Synergetik (vgl. Haken 2004) in den Sozialwissenschaften wertvolle Erkenntnisse zur Zusammenführung ökonomischer und politikwissenschaftlicher Konzepte bei der Erklärung umweltpolitischer Entscheidungen leisten kann. Der traditionell individualistische und stark vereinfachende Erklärungsansatz der ökonomischen Theorie der Politik wird ergänzt, indem die von den Politikwissenschaften hervorgehobene externe Handlungsbedingungen wie beispielsweise systemische sozio-kulturelle Faktoren über die Idee gesellschaftlicher Ordner in die politisch-ökonomische Analyse von Umweltpolitik integriert werden. Dabei muss der Kern einer akteurszentrierten Vorgehensweise nicht aufgegeben werden, wenn man die Selbstorganisation als Mittler zwischen individualistischem Handeln und kollektiven Phänomenen versteht.

Darüber hinaus lässt sich Peter Weises Idee, ausgewählte Kollektivphänomene als gesellschaftliche Ordner mit unterschiedlichen Zeithorizonten zu interpretieren (vgl. Eger/Weise 1990, 82ff), auch über die Analyse kultureller Aspekte hinaus anwenden. Unterscheidet man wenig veränderliche Elemente wie Kultur, Sprache usw. auf der obersten Ebene, langsam veränderliche Ordner wie soziale Normen und Einstellungen eine Ebene tiefer und kurzfristig veränderbare Ordner wie Preise und Erwartungen auf der untersten Ebene, so lassen sich verschiedene von den Politikwissenschaften betonte externe Determinanten von Umweltpolitik auf diesen Ebenen verorten. Als Beispiel

dafür seien hier nur kurz die situativen Handlungsbedingungen angeführt. Diese entfalten regelmäßig einen erheblichen Einfluss auf umweltpolitische Entscheidungsprozesse, so beispielsweise situationsbedingte Klimaschutzfreundliche Stimmungen in Deutschland nach der Elbeflut im Jahr 2002 und ein erhöhtes Umweltbewusstsein nach dem großen Waldsterben im Nordosten der USA Ende der 80er Jahre. In diesen Fällen haben situative Handlungsbedingungen maßgeblich die Durchsetzbarkeit handelbarer Emissionslizenzen erhöht (vgl. Rudolph 2005, Kap. 6, 7). Das Konzept gesellschaftlicher Ordner erweist sich somit als wertvoller Ansatz zur Verbindung von Makro- und Mikroebene in den Sozialwissenschaften und als wichtiger Bestandteil einer umfassenden Theorie der Umweltpolitik.

Literatur

- Buchanan, J. M. (1987), Constitutional Economics, in: The New Palgrave: A Dictionary of Economics, London, Macmillan.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2000), USA – Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft, Bonn, Franzis' print & media.
- Downs, A. (1968), Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen, Mohr.
- Eger, T., Weise, P. (1990), Normen als gesellschaftliche Ordner, in: Schmid-Schönbein, T. et al. (Hg.), Ökonomie und Gesellschaft – Jahrbuch 8: Individuelles Verhalten und kollektive Phänomene, Frankfurt/New York, Campus, S. 65-111.
- Ellerman, D. (1998), Interview mit S. Rudolph, Cambridge, Massachusetts.
- Fiedler, T. (2002), Das „Land der Freien“ in der Zerreißprobe, in: Stern, Nr. 8, S. 73-88.
- Gawel, Erik (1998), Akzeptanzprobleme von Zertifikaten, in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, Sonderheft 9, S. 113-134.
- Gerhards, J. (Hg.) (2000), Die Vermessung kultureller Unterschiede – USA und Deutschland im Vergleich, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Haken, H. (2004), Synergetics – Introduction and Advanced Topics, Berlin et al., Springer.
- Hirschman, A. O. (1970), Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Harvard, Mass., Harvard U.P.
- Jänicke, Martin, Kunig, Ph., Stitzel, M. (2000), Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik – Politik, Recht und Management des Umweltschutzes in Staat und Unternehmen, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kete, N. (1992), The Politics of Markets – The Acid Rain Control Policy in the 1990 Clean Air Act Amendments, Baltimore, Maryland, John Hopkins University.

- Leipold, H. (2006), *Kulturvergleichende Institutionenökonomik*, Stuttgart, Lucius & Lucius, UTB 2749.
- Morgenstern, R. (2001), Interview mit S. Rudolph, Washington D.C.
- Nolte, P. (2002), Die unamerikanische Nation, in: *Die Zeit*, Nr. 22, S. 3.
- Panther, S. (1998), Historisches Erbe und Transformation: ‚Lateinische‘ Gewinner – ‚Orthodoxe‘ Verlierer, in: Wegner, G., Wieland, J. (Hg.), *Formelle und informelle Institutionen: Genese, Interaktion und Wandel*, Marburg, Metropolis, S. 211-251.
- Purdy, J. (2001), Wir und die anderen – Warum die Amerikaner nicht begreifen, dass der Rest der Welt sie als Imperialmacht fürchtet, in: *Die Zeit*, Nr. 35, S. 3.
- Rudolph, S. (2005), *Handelbare Emissionslizenzen. Die politische Ökonomie eines umweltökonomischen Instruments in Theorie und Praxis*, Marburg, Metropolis.
- Schneider, F., Volkert, J. (1999), No chance for incentive-oriented environmental policies in representative democracies? A Public Choice Analysis in: *Ecological Economics* 31, S. 123-138.
- Sendker, J.-P. (2002), Als der amerikanische Traum wahr wurde, in: *Stern*, Nr. 9, S. 73-86.
- Toman, M. (2001), Interview mit S. Rudolph, Washington D.C.
- Voigt, S. (2002), *Institutionenökonomik*, München, Fink.
- Weise, P. (1989), Homo oeconomicus und homo sociologicus – Die Schreckensmänner der Sozialwissenschaften, in: *Zeitschrift für Soziologie* 2, S. 148-161.
- Weise, P. (1996), Die Synergetik als Mittler zwischen methodologischem Individualismus und Holismus, in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 7, 4, S. 648-650.
- Weise, P. (2004), Kultur und die Vereinheitlichung der Sozialwissenschaften, in: Blümle, G. et al (Hg.), *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik*, Münster, S. 427-440.
- Weise, P. et al. (2005), *Neue Mikroökonomie*, Heidelberg, Physica.